

6 Die Sendung in Gesellschaft und Politik

6.1 Der Auftrag der Laien: „Sauerteig in der Welt sein“

„Die Laien (...) verwirklichen in Kirche und Welt ihren eigenen Anteil an der Sendung des ganzen Volkes Gottes. (...) Da es aber dem Stand der Laien eigen ist, inmitten der Welt und der weltlichen Aufgaben zu leben, sind sie von Gott berufen, vom Geist Christi beseelt nach Art des Sauerteigs ihr Apostolat in der Welt auszuüben.“

II. Vatikanisches Konzil, Laiendekret, Nr. 2

„Um die zeitliche Ordnung im Sinn des Dienstes des Menschen christlich zu inspirieren, können die Laien nicht darauf verzichten, sich in die Politik einzuschalten (...). Jeder einzelne hat das Recht und die Pflicht, sich an der Politik zu beteiligen (...) Die Anklagen des Arrivismus (Ehrgeiz), der Idolatrie (Vergötzung) der Macht, des Egoismus und der Korruption, die nicht selten gegen Regierungsleute, Abgeordnete der Parlamente, dominierende Klassen und politische Parteien erhoben werden, sowie die verbreitete Meinung, die Politik sei ein Bereich unbedingter moralischer Gefährdung, rechtfertigen auf keine Weise den Skeptizismus oder die Abwendung der Christen von den öffentlichen Angelegenheiten.“

Johannes Paul II., Nachsynodales Apostolisches Schreiben *Christifideles laici*, Nr. 42

„Die unmittelbare Aufgabe, für eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft zu wirken, kommt dagegen eigens den gläubigen Laien zu. Als Staatsbürger sind sie berufen, persönlich am öffentlichen Leben teilzunehmen. Sie können daher nicht darauf verzichten, sich einzuschalten, in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und institutionellen Förderung des Gemeinwohls dienen. Aufgabe der gläubigen Laien ist es also, das gesellschaftliche Leben in rechter Weise zu gestalten, indem sie dessen legitime Eigenständigkeit respektieren und mit den anderen Bürgern gemäß ihren jeweiligen Kompetenzen und in eigener Verantwortung zusammenarbeiten.“

Benedikt XVI., *Deus Caritas est*, Nr. 29

Ein Grundgedanke des Zweiten Vatikanischen Konzils ist die gemeinsame Sendung in die Welt. Dienst an Gott und Dienst am Menschen lassen sich nicht voneinander trennen. Glaube kann nicht in einen sakralen Sonderraum verbannt werden, denn Gott möchte zum Heil für alle Menschen werden. In einem zweiten Schritt spricht das Konzil davon, dass es im Rahmen der gemeinsamen Sendung besondere Dienste und Ämter in der Kirche gibt. Es beschreibt den besonderen Dienst des Bischofs und des Priesters und des Diakons. Es umreißt die spezifische Aufgabe der Ordensleute. Und in diesem Zusammenhang spricht das Konzil auch vom besonderen Dienst der Laien. Er besteht darin, das berufliche, familiäre, gesellschaftliche und politische Umfeld so mitzugestalten, dass der Mensch gedeihen und sich entfalten kann. Deshalb beschreibt die Satzung als eine wesentliche Aufgabe von Pfarrgemeinderäten, „... gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklungen und Probleme zu beobachten, zu überdenken und sachgerechte Vorschläge einzubringen sowie entsprechende Maßnahmen zu beschließen“. (Satzung Pfarrgemeinderäte § 2,3c)

An-Fragen

- Welche politischen Themen und Fragen beschäftigen die Menschen in unserer Gemeinde?
- Wo und wie greifen wir im Pfarrgemeinderat gesellschaftspolitische Themen auf?
- ...



6.2 Der Pfarrgemeinderat vertritt und vernetzt

„Sehr wichtig ist besonders in einer pluralistischen Gesellschaft, daß man das Verhältnis zwischen der politischen Gemeinschaft und der Kirche richtig sieht, so daß zwischen dem, was die Christen als einzelne oder im Verbund im eigenen Namen als Staatsbürger, die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Hirten tun, klar unterschieden wird.“

II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution, Nr. 76

Aufgabe der Laien ist es, im Lichte ihres „dazu von vornherein richtig geschulten Gewissens (...) das Gebot Gottes im Leben der profanen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. (...) Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen. Wenn dann die beiderseitigen Lösungen (...) von vielen andern sehr leicht als eindeutige Folgerungen aus der Botschaft des Evangeliums betrachtet werden, so müßte doch klar bleiben, daß in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber sollen sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen; dabei sollen sie die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein.“

II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution, Nr. 43

Den „offenen Dialog“ zu fördern und zur Klärung von gesellschaftspolitischen Fragen beizutragen, kann als eine der wichtigsten Aufgaben des Pfarrgemeinderates beschrieben werden. Voraussetzung dafür ist es, die verschiedenen Gruppen und Verbände in der Pfarrei wahrzunehmen und gegebenenfalls zu mobilisieren. Gemäß der Satzung besteht nämlich eine wesentliche Aufgabe des Pfarrgemeinderates auch darin, „katholische Organisationen, Einrichtungen und freie Initiativen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu fördern und im Dialog mit ihnen unter anderen Gruppen in der Pfarrgemeinde Aufgaben und Dienste aufeinander abzustimmen“ (Satzung für Pfarrgemeinderäte § 2,3d).

Vor allem die Zusammenarbeit mit kirchlichen Verbänden bietet sich an, um sich in gesellschafts- und kommunalpolitische Themen aus christlicher Perspektive einzumischen. Der Pfarrgemeinderat hat die Verpflichtung und Verantwortung, diese Stimmen zu hören, ihre Erfahrungen zu nutzen und diese Gruppen zu Stellungnahmen ausdrücklich zu ermutigen! Dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit für eine humane Gesellschaft unentbehrliche Fragen sind, kann dadurch verstärkt bewusst gemacht werden.

An-Fragen

- Welche Gruppen in unserer Gemeinde sind gesellschaftspolitisch aktiv?
- Mit welchen Gruppen befinden wir uns im Austausch – wo könnte/sollte das Gespräch gesucht werden?
- Zu welchen Aufgaben im sozialen und politischen Bereich der Gemeinde wollen wir einen Beitrag leisten?
- ...



6.3 Der politische Handlungsraum des PGR ist die Kommune

Der gesellschaftliche und politische Handlungsraum, in dem der Pfarrgemeinderat wirkt, ist die Kommune, also die politischen Gemeinden, Städte und Landkreise – in der Stadt München auch die Bezirksausschüsse. Kommunalpolitische Entscheidungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie real und greifbar die Lebensqualität der Bürger beeinflussen. In den Händen der Kommunen liegt die Frage des Wohnens, der Einkaufsmöglichkeiten, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Fahrradwege, der Kultur, der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulangebote, der Angebote und Einrichtungen für Senioren.

Die Kommunalpolitik fordert heraus, Wertorientierungen konkret werden zu lassen. Die meisten Christen stimmen darin überein, dass der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zum Kern des christlichen Auftrags zählen. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? In der Kommunalpolitik reicht eine Übereinstimmung im Grundsätzlichen nicht aus. Hier steht man vor der Herausforderung zu handeln.

Rolle des Pfarrgemeinderates kann sein:

☛ An einem Strang ziehen: Kooperationen zwischen Kirche und Kommunen anpacken

Aus der Zusammenarbeit von Kirche und Kommune ergeben sich „Synergie-Effekte“. So arbeiten in Furth bei Landshut Kommune, Kirche und der Maristen-Orden daran, dass über 50 Prozent der benötigten Wärme und des Stromes aus erneuerbaren Energien stammt. In anderen Orten wird die kirchliche und kommunale Jugend- und Familienarbeit vernetzt. Die Beispiele zeigen: Es ist nicht sinnvoll, in Pfarreien eine „Doppelstruktur“ aufzubauen. Warum einen eigenen Öko-Arbeitskreis ins Leben rufen, wenn es in der Kommune bereits eine Agenda 21-Initiative gibt? Sinnvoller ist es, dorthin Vertreter aus der Pfarrei zu senden. So wird dazu beigetragen, Kräfte zu bündeln und in gesellschaftliche Gruppen christliche Positionen und Werte einzubringen.

☛ Lobby sein und die Initiative ergreifen

Eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe des Pfarrgemeinderates ist es, sich aus christlichem Blickwinkel für bestimmte Themen und Initiativen einzusetzen. Beispiele hierfür könnten sein:

Für eine bio-regional-fair handelnde Kommune

Ausgehend vom Agenda 21-Prozess hat der Stadtrat München beschlossen, den fairen Handel zu fördern. Auf dem Oktoberfest, den Dulten und Märkten, auf dem Messegelände und auf dem Olympiagelände gibt es in Zukunft nur mehr fair gehandelten Kaffee. Blumen, vor allem Rosen, werden nicht mehr von Blumenfarmen aus Afrika oder Lateinamerika bezogen, in denen Umweltschutz und Menschenrechte missachtet werden. Was in München umgesetzt wird, müsste auch für andere Kommunen möglich sein. Warum nicht als Pfarrgemeinderat die Initiative ergreifen? Und warum dies nicht mit der Verpflichtung verbinden, Produkte mit bio-regionaler Herkunft zu nutzen?

Kommunen sagen Nein zur Kinderarbeit

Der Bayerische Landtag hat am 18. Juli 2007 einen Beschluss zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens gefasst. Mittlerweile haben sich in Bayern 65 Kommunen und Landkreise verpflichtet, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verwenden. Pfarrgemeinderäte könnten ihre Gemeinde- und Stadträte dazu drängen, entsprechende Beschaffungsrichtlinien zu verabschieden. Kreiskatholikenräte könnten in den Landkreisen die Initiative ergreifen. Wichtig ist auch, dass Pfarrgemeinden hier selbst Vorbild sind und einen entsprechenden Beschluss fassen. Der Diözesanrat der Katholiken engagiert sich seit Jahren gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Eine von ihm herausgegebene Info-Broschüre ist mittlerweile in 3. Auflage erschienen (www.erzbistum-muenchen.de/kinderarbeit).

Vgl. auch „Kirche kauft ein - öko, sozial, fair“ - Impulse zum Beschaffungswesen, hrsg. v. Landeskomitee der Katholiken in Bayern (siehe Seite 123).

Kommunalpolitikertagungen

Der Diözesanrat veranstaltet jedes Jahr im Herbst Kommunalpolitikertagungen. Ziel ist es, die Diskussion über christliche Maßstäbe für das kommunalpolitische Handeln anzuregen. Der Diözesanrat will damit einen Anstoß geben für das Gespräch zwischen Pfarrgemeinderäten, Verbänden, Bürgern und Kommunalpolitikern. Vor allem will er zum Engagement vor Ort ermutigen. Daher werden immer auch beispielhafte Projekte vorgestellt. Mehr dazu unter www.erzbistum-muenchen.de/kommunalpolitikertagung

6.4 Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Der Einsatz für Arme und Benachteiligte, für Frieden, Umwelt und globale Gerechtigkeit zählen zum Kern des christlichen Auftrags. In der Kommunalpolitik stellt sich die Frage: Was heißt dies für uns vor Ort? Folgende Optionen können dem kommunalpolitischen Engagement eine christliche Orientierung geben:

1. Option für die Armen u. Benachteiligten

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Vor allem diejenigen Menschen sind in den Blick zu nehmen, die übersehen, isoliert, benachteiligt oder ausgegrenzt werden.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ soziale Beratungsdienste für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke, und Suchtkranke gefördert werden
- ➔ Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen werden
- ➔ Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien eingeführt wird
- ➔ Menschen persönlich begleitet werden, die Rat, und Unterstützung benötigen (z. B. durch Ausbildungspatenschaften, Demenzpatenschaften)
- ➔ Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden (durch die Bildung von Integrations-Klassen in Kindergarten und Grundschule)
- ➔ Sport-Vereine ihre Rolle für die „Integrationsarbeit“ ernst nehmen und die Übungsleiter(innen) durch „sozialpädagogische“ Schulungen begleitet werden

2. Option für Familien

Der demografische Wandel trifft auch die Kommunen. Um so wichtiger wird es, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen (z. B. durch bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Verteilung und Gestaltung von Kinderspielplätzen). Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Familien sind durch Planungen und Umsetzungen in den Bereichen Wohnungsbau, Gemeinde- oder Stadtentwicklung, Schule, Sport, Kultur, Verkehr und Soziales betroffen. Gerade Pfarrgemeinden tragen durch Kindergärten, Eltern-Kind-Gruppen, Familiennetzwerke usw. zur Verbesserung der Situation von Familien bei. Sich dieser Rolle bewusst zu sein und weitere Initiativen zu starten, ist wichtig.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ alle Beschlüsse auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden
- ➔ in Bebauungsplänen an ausreichend Wohnraum für junge Familien gedacht wird
- ➔ bei der Vergabe von preisgünstigem Bauland die Zahl der Kinder neben anderen Kriterien eine hervorgehobene Rolle spielt
- ➔ ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, Ganztagschule)
- ➔ Einrichtungen unterstützt werden, die die Erziehungsarbeit von Eltern begleiten (z. B. Zentrum der Familie, Eltern-Kind-Programm [EKP])
- ➔ Räume für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, die Jugendliche selbstverantwortlich nutzen können
- ➔ Kommunale „Familientische“ einberufen werden, die die Situation von Familien analysieren und Problemlösungen in Gang bringen

3. Option für eine wertorientierte Kultur des Miteinander

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander: Wird jede(r) wertgeschätzt und akzeptiert? Werden Meinungsverschiedenheiten fair ausgetragen? Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich auch an der Kultur des Feierns - und nicht zuletzt darin, welche Sterbe- und Bestattungskultur vorherrscht.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- ➔ unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und Generationen sich gegenseitig wertschätzen und das Zusammenleben gefördert wird
- ➔ Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sich mit Respekt begegnen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen
- ➔ christliche Feste und Traditionen geachtet und gepflegt werden
- ➔ bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiv vorgegangen wird
- ➔ Angehörige fremder Religionen diese auch ausüben und pflegen können
- ➔ ein Bildungsprogramm angeboten wird, das sich an christlichen Werten orientiert
- ➔ Krankenhausbesuchsdienste und die Sterbebegleiter(innen) von Hospizvereinen Unterstützung und Anerkennung erhalten
- ➔ in Krankenhäusern Palliativstationen eingerichtet werden

- ein Runder Tisch zu Fragen der Friedhofgestaltung und Bestattungswesens einberufen wird
- auf Friedhöfen Orte des Gedenkens an Opfer eingerichtet werden, an die niemand denkt (u.a. für ungeborene Kinder, für Opfer von Katastrophen und Kriegen)

4. Option für die Schöpfung

Die nachhaltige Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen (Prinzip Nachhaltigkeit).

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und deren Dienstleistungen genutzt werden
- die Ausweisung von neuen Baugebieten mit einem dezentralen Energieversorgungskonzept kombiniert wird, in dem die Nutzung der Solarenergie und nachwachsender Rohstoffe (z.B. Holz) sowie Blockheizkraftwerke Berücksichtigung finden
- bei allen öffentlichen, auch kirchlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden
- Anreize zur Nutzung des Regenwassers geschaffen und in öffentlichen und kirchlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden
- bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird

5. Option für die Eine-Welt

Einerseits wächst die Welt immer mehr zusammen, zugleich spaltet sich die Welt aber immer mehr. Der Glaube an Gottes Gerechtigkeit drängt dazu, sich damit nicht abzufinden. Persönliche Begegnungen und Initiativen auf der lokalen Ebene von Pfarrgemeinden und Verbänden tragen zu einer weltkirchlichen Lerngemeinschaft bei.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- Pfarreien und Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und aus den Erfahrungen heraus politisch handeln (z. B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen)
- Kampagnen und Netzwerke, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (z.B. Erlassjahr, Kinderarbeit) aktiv unterstützt werden
- der Faire Handel sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden
- die Bildungsarbeit für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert

6. Option für eine Kultur der Verantwortung

Eine Gesellschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn die Menschen nicht nur danach fragen: Wer ist zuständig? Welche Ansprüche kann ich stellen? - Sondern wenn sie fragen: Wo werde ich gebraucht? Wofür bin ich zuständig?

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- bei kommunalen Entwicklungsprozessen kreative Formen der Ideenfindung (z.B. Zukunftswerkstätten) genutzt werden
- Freiwilligenzentren oder Ehrenamtlichen-Börsen aufgebaut bzw. gefördert werden
- mit Feiern, Ehrungen, Bürgerpreisen oder Vergünstigungen im Freizeitangebot (z.B. Ermäßigung von Eintrittsgeldern etc.) das ehrenamtliche Engagement wertgeschätzt wird
- durch die Kommunen, Kirchen und Verbände gemeinsame bewerbungsrelevante Ehrenamtsausweise ausgestellt werden
- die Gründung von Bürgerstiftungen gefördert wird, die Kultur-, Umwelt-, Sport oder soziale Projekte unterstützen
- Kinder- und Jugendliche an kommunalen Prozessen und Entscheidungen beteiligt werden

7. Option für eine gemeinwohlorientierte Politik

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Dem Gemeinwohl widerspricht, wenn lebenswichtige Güter für den Menschen, wie zum Beispiel Wasser, dem freien Markt und dem Profitstreben übergeben werden. Damit setzt sich im Verhältnis Bürger - Staat eine rein ökonomische Sichtweise durch. Aus öffentlichen Gütern werden Konsumartikel und die Bürger als Träger sozialer Rechte werden zu Kunden auf dem Markt.

Der Pfarrgemeinderat kann dafür eintreten, dass

- die Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Sozialwohnungen, Wasserversorgung, Stadtwerke, Krankenhäuser etc.) gestoppt wird
- die Krankenversorgung und die Wasserversorgung in der Verantwortung der kommunalen Ebene bleiben
- Vorhaben, öffentliche Einrichtungen in Public Private Partnerships (PPP) bauen zu lassen und auf der Basis privatrechtlicher Verträge zu nutzen, sehr kritisch geprüft werden

Flyer „Christl. Optionen für die Kommunalpolitik“ siehe S. 123.

6.5 Zwei Beispiele: Ländliche Entwicklung und Agenda 21

Ländliche Entwicklung

Die Pfarrei ist nach der kommunalen Gebietsreform, der Auflösung der Postämter und der Schulen oft die einzig verbliebene Institution in einem Dorf. Sie ist ein entscheidender Faktor für die Dorf-Identität. Erfahrungen aus Dorf- und Regionalentwicklungsprozessen der letzten Jahre zeigen allerdings, dass sich Pfarrgemeinden nur selten aktiv einbringen. Dies fängt damit, dass bei Auftaktveranstaltungen kein/e Vertreter/in anwesend ist, und hört damit auf, dass keine Inhalte und Initiativen eingebracht werden. Damit wird aber auch die Chance vertan, die Bedeutung von christlichen Wertorientierungen für die Entwicklung eines Dorfes in Erinnerung zu rufen.

Um die Veränderungen verantwortlich zu gestalten, kann der Pfarrgemeinderat z. B.

- ➔ für eine „innere“ Erneuerung des Dorfes eintreten (Wahrnehmung der verschiedenen Gruppen in einem Dorf, Bündelung der verschiedenen Interessen...) und aus verschiedenen Gemeinschaften eine große Gemeinschaft wachsen lassen
- ➔ religiöse Symbole und Denkmäler wie Votivtafeln, Wegkreuze und Kapellen erhalten und inhaltlich mit neuem Leben erfüllen und damit den Zusammenhalt und das Heimatbewusstsein fördern (evtl. kooperieren mit Initiativen zu Wander- und Fahrradwegen: Orte der Stille und Besinnung schaffen, Lob der Schöpfung, Wallfahrt und Wandern als region- und völkerverbindend entdecken)
- ➔ Lobby für die Schöpfung und Eine-Welt sein (Energie, fairer Handel; siehe vorherige Seite)
- ➔ die Sorge der bäuerlichen Landwirtschaft ins dörfliche Bewusstsein rücken und Ideen entwickeln, die den Familien mit Hof zusätzliche Einkommensmöglichkeiten verschaffen (z.B. Einkauf im eigenen Dorf, Direktvermarktung, Regionalvermarktung)

Agenda 21

Die Agenda 21 ist das Abschlussdokument der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat. „Agenda“ heißt nichts anderes als „was zu tun ist“. „21“ steht für das 21. Jahrhundert. Die Agenda 21 ist keine reine Umweltschutzvereinbarung, ihr geht es ebenso um die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung. Wesentlich für die Agenda 21 ist das Leitbild der Nachhaltigkeit (sustainable development), das wirtschaftliche, ökologische und soziale Fragen miteinander verbindet. Nachhaltigkeit misst menschliches Handeln daran, ob es die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu gefährden.

Kommunale Agenda 21

In den vergangenen Jahren hat die Agenda 21 ihre Umsetzung in zahlreichen kommunalen Agenda 21-Prozessen gefunden. Pfarrgemeinderäte, katholische Verbände oder Einzelpersonen haben sich an diesem Prozess beteiligt, ihn zum Teil auch angestoßen. Ziel dieser kommunalen Agenda 21-Prozesse ist es, Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Lebensraums Gemeinde zu entwickeln. Der kommunalen Agenda 21 liegt die Idee zugrunde, dass sich die Welt verändern kann, wenn viele Menschen an vielen Orten viele kleine Dinge tun. Es geht dabei nicht darum, dass zusätzlich zu dem vielem, was getan wird, noch mehr getan werden soll. In vielen Firmen und Verwaltungen, Gruppen, Vereinen und Pfarrgemeinden wird bereits heute zukunftsorientierte Arbeit geleistet. Die Agenda 21 möchte helfen, dass hier mehr Zusammenarbeit stattfindet. Es sollen sich „runde Tische“ bilden, an denen Vertreter der Gemeinde, der Kirchen, des Gewerbes, der Vereine und Parteien, der Schulen und Umweltgruppen sitzen und miteinander einen lokalen Fahrplan für das 21. Jahrhundert entwickeln.

Zur Initiierung einer lokalen Agenda 21 kann vom Pfarrgemeinderat ein Antrag an den Gemeinderat gestellt werden.